

## NACHRICHTEN

**Norwegen erwartet Ausweitung der Streiks**

OSLO: Norwegen richtet sich auf eine weitere Ausdehnung der landesweiten Streiks in der Privatwirtschaft ein. Nach Medienberichten vom Donnerstag bereitet die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes (LO) eine Verdoppelung der Zahl der Streikenden auf 170 000 ab Dienstag nächster Woche vor. Dabei soll vor allem der Transportsektor lahm gelegt werden. Entgegen ersten Meldungen nahm die LO-Spitze aber die Zulieferung an die Öl- und Gasförderung in der Nordsee vom Arbeitskampf aus. Mit schweren Behinderungen müsse kommende Woche aber im Flugverkehr gerechnet werden, hiess es weiter. Seit Mittwoch ist das öffentliche Leben in dem skandinavischen Land durch den Ausstand von bisher 85 000 LO-Mitgliedern stark behindert. Bestreikt werden neben zahlreichen Produktionsbetrieben auch die für den Verkehr wichtigen Fährlinien, die Bauwirtschaft, Hotels, Brauereien und Zeitungen.

**Serben demonstrierten vor Gefängnis**

MITROVICA: Mehrere tausend Kosovo-Serben haben am Donnerstag vor dem Gefängnis in Mitrovica friedlich demonstriert. Sie wollten mit dem Protest den Hungerstreik von 36 inhaftierten Serben unterstützen, meldete die Belgrader Nachrichtenagentur Beta. Soldaten der Friedenstruppe KFOR und starke Einheiten der UNO-Polizei sicherten währenddessen das Gefängnisgebäude ab. Die seit 25 Tagen hungerstreikenden Serben verlangen den Beginn der anhängigen Strafverfahren und Prozesse und die Freilassung von ihrer Ansicht nach Unschuldigen.

**Entführer teilen Geiseln in Gruppen auf**

JOLO: Mit der Aufteilung ihrer 21 Geiseln in fünf Gruppen haben die Moslem-Extremisten auf den Philippinen eine baldige Lösung des Geiseldramas weiter erschwert. Für die Geiseln wird die Lage immer verzweifelter. Die Verschleppten wurden nach Angaben des philippinischen Verteidigungsministers Orlando Mercado vom Donnerstag auf der Insel Jolo an fünf verschiedene Verstecke gebracht. Auf diese Weise soll offenbar ein gewaltsamer Einsatz der Regierungstruppen zur Geiselbefreiung verunmöglicht werden. Der philippinische Präsident Joseph Estrada schloss nach vielfältigen internationalen Bitten eine solche Aktion aus. Trotzdem wuchs elf Tage nach Beginn der Geiselnahme die Sorge um das Leben der Entführten.

**Sri Lanka weitet Pressezensur aus**

COLOMBO: Die Regierung von Sri Lanka hat am Donnerstag die bereits für örtliche Medien geltende Zensur auf ausländische Journalisten ausgeweitet. Diese Massnahme hängt mit einer neuen Offensive gegen tamilische Rebellen im Norden des Landes zusammen. Der Informationsminister Mangala Samaraweera sagte, Berichte über Kämpfe im Land sowie über Sicherheitsfragen unterlägen nun der Zensur. Kritik an der Präsidentin Chandrika Kumaratunga, die zugleich Oberbefehlshaberin der Armee ist, sei nicht erlaubt.

**Friedensabkommen soll Gewalt beenden**

JAKARTA/GENF: Mit einem Friedensabkommen wollen die indonesische Regierung und die Rebellen in der Unruheprovinz Aceh der Gewalt ein Ende setzen. Das Dokument soll in der kommenden Woche in Genf unterzeichnet werden, wurde am Donnerstag in Jakarta mitgeteilt.

**Grenzkrieg eskaliert**

JERUSALEM/BEIRUT: Der Grenzkrieg an der libanesisch-israelischen Grenze hat am Donnerstag Zivilisten auf beiden Seiten das Leben gekostet. Die pro-iranische Hisbollah-Miliz beschoss am Nachmittag mit Raketen die nordisraelische Stadt Kiriat-Schmona. Beim Beschuss wurde ein Mensch getötet und 15 weitere Einwohner verletzt. Am Morgen hatte die israelische Artillerie ein Dorf am Rande der besetzten Sicherheitszone in Südlibanon beschossen und dabei zwei libanesische Zivilisten getötet. Wie die libanesische Polizei mitteilte, kamen in dem Dorf Katrani in der Region Jezzine ein 82 Jahre alter Mann und dessen 40-jährige Tochter ums Leben.

**Bilaterale Verträge genehmigt**

Europaparlament stimmt Verträgen mit der Schweiz oppositionslos zu

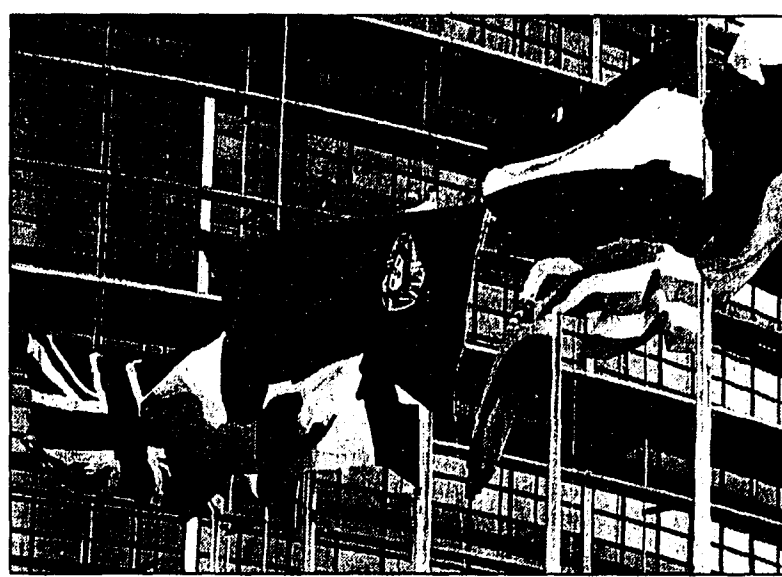
BRÜSSEL: Das Europaparlament hat den bilateralen Verträgen der Europäischen Union (EU) mit der Schweiz zugestimmt. Der Entscheid fiel oppositionslos und ohne Änderungsanträge.

Anwesend waren während der Abstimmung am Donnerstagvormittag im Plenarsaal in Brüssel gut 500 der über 600 Abgeordneten. Über die sieben Verträge wurde einzeln mittels Handaufheben abgestimmt.

**Unbestrittenes Geschäft**

Die Ratifizierungsdebatte war vom EU-Parlament schon am späten Mittwochabend geführt worden. Das Geschäft war unbestritten, was sich auch in den gelichteten Reihen ausdrückte: Nur etwa 15 Abgeordnete nahmen an der halbstündigen Beratung teil.

Dabei begrüßten alle acht Redner die Verträge und bezeichneten sie als wichtig für die Beziehungen zur Schweiz. Der Berichterstatter des vorbereitenden Ausschusses, der Italiener Massimo Carraro, wertete es zudem als gut, dass das EU-Parlament seine Zustimmung noch vor der Volksabstimmung in der Schweiz gebe.



Oppositionslos stimmte das Europaparlament den bilateralen Verträgen der Europäischen Union (EU) mit der Schweiz gestern zu. (Bild: Keystone)

**Schweiz «Herz Europas»**

Dies sei eine Geste des Vertrauens, sagte der zur sozialistischen Fraktion gehörende Carraro, unterstützt auch von andern Votanten. Es zeige, dass bei der Integration «dieses Europas, wo die Schweiz doch das Herz darstellt», das gemeinsame Interesse wichtiger sei als politische Scharmützel.

Ein «interessantes Experiment» nannte zudem der belgische Christ-

demokrat Mathieu Grosch die im Landverkehrsabkommen vorgesehene Kombination von Strasse und Schiene. Trotz Kritik an der Schwerverkehrsabgabe sagte Grosch, die Regelung entspreche gänzlich der EU-Umweltpolitik und sei so «ein Pilotprojekt».

**Hoffnung auf Ja – Kritik an AHV**

Mehrere Votanten brachten ihre

Hoffnung auf ein Ja des Schweizer Volks zum Ausdruck, machten aber auch kritische Anmerkungen zu noch hängigen Problemen. So monierte etwa der österreichische Sozialdemokrat Herbert Bösch, dass Grenzgänger bei der Altersversorgung massiv von Verschlechterungen betroffen seien.

Bei der 10. AHV-Revision seien Ehegattenrenten durch an den Wohnsitz gebundene Erziehungsgutschriften ersetzt worden, und bei der 11. Revision solle Ähnliches mit der Witwenrente geschehen. Somit hätten Grenzgänger weiterhin gleiche Beiträge zu zahlen, erhielten aber weniger Leistungen, was der Gleichbehandlung widerspreche.

Mehrfach angemahnt wurde auch mehr Kooperation der Schweiz bei der Betrugsbekämpfung oder im Zigaretenschmuggel. Laut dem für Aussenbeziehungen zuständigen EU-Kommissar Chris Patten gehen der EU dabei jährlich Milliardenbeträge verloren. Eine Lösung dieser Probleme sei jedoch eine Voraussetzung weiterer Abkommen, sagte Patten.

Er werde darüber mit dem Schweizer Aussenminister Joseph Deiss in Brüssel sprechen, erklärte Patten.

**Gespräche zu Nordirland**

LONDON/BELFAST: Der britische Premierminister Tony Blair und sein irischer Amtskollege Bertie Ahern haben ihre Bemühungen zur Lösung der Nordirland-Krise fortgesetzt. Die beiden Regierungschefs trafen am Donnerstagabend in Belfast zusammen.

Die beiden wollten dort auch Einzelgespräche mit den Vorsitzenden der politischen Parteien Nordirlands führen. Die Vermittlungsbemühungen sollen am Freitag fortgesetzt werden. Bisher gibt es nach der am Dienstag eröffneten neuen Gesprächsrunde keine Anzeichen einer Annäherung in der strittigen Frage der IRA-Entwaffnung.

Nach dem Abkommen müssen die katholische Untergrundorganisation und auch die protestantischen Paramilitärs ihre Waffen bis zum 22. Mai abgeliefert haben.

**Tiefer Graben**

Militärische Krise zwischen USA und Europa

LONDON: Der Zusammenhalt innerhalb der NATO ist nach Einschätzung des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) durch die zunehmende Zahl von Streitthemen zwischen den USA und Europa ernsthaft gefährdet.

Zu diesem Schluss kommt das Institut in seinem am Donnerstag veröffentlichten Jahresbericht. Als Hauptstreitpunkte nennt das IISS die US-Pläne für ein nationales Raketenabwehrsystem, unzureichende Militärinterventionen bei den europäischen Bündnispartnern sowie Gentechnik.

Diese Punkte könnten als «Anzeichen einer abnehmenden transatlantischen Solidarität» gewertet werden. Das Institut warnte vor schwerwiegenden Folgen für die Allianz, die Zusammenarbeit der Bündnispartner und die internationalen Befehlsstrukturen der NATO.

Die heftig umstrittenen Pläne für das neue Raketenabwehrsystem der USA haben laut IISS einen neuen Keil in die transatlantischen Beziehungen getrieben. Die meisten europäischen Länder abgesehen von Grossbritannien sähen in den US-Plänen ein Zeichen des Isolationismus.

Sie befürchteten einen neuen Rüstungswettlauf, da Moskau eine Änderung des ABM-Vertrags über Raketenabwehrsysteme ablehne. Der ABM-Vertrag von 1972 verbietet die Entwicklung nationaler Raketenabwehrsysteme. Im Gegenzug sorgte das Vorpreschen der Europäer mit einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Irritationen in Washington – vor allem die Ankündigung, bis zum Jahr 2003 eine Krisenreaktionstruppe mit mehr als 50 000 Mann aufzustellen. Die USA seien über diese Entwicklung «zutiefst beunruhigt».

**Lockerbie-Prozess läuft**

CAMP ZEIST: Beim Lockerbie-Prozess im niederländischen Camp Zeist haben elf Augenzeugen am Donnerstag geschworen, wie sie am 21. Dezember 1988 die Zerstörung des Pan Am-Jumbo durch eine Bombe über der schottischen Ortschaft Lockerbie beobachtet hätten. Einige von ihnen hatten nur mit viel Glück den Sturz grosser Wrackteile auf Häuser und Strassen und die Explosion von Treibstoff am Boden überlebt. Die Verhandlung am Donnerstag endete vorzeitig, da die Aussagen weniger Zeit in Anspruch nahmen als vorgesehen. Für Freitag hat die Anklage schottische Polizisten als Zeugen geladen. In dem Verfahren auf einem früheren Luftwaffenstützpunkt bei Utrecht müssen sich zwei libysche Geheimagenten vor drei schottischen Richtern unter der Anklage des Mordes an allen 270 Opfern des Anschlags verantworten.

**Noch 16 500 müssen zurück**

Schweiz: Konzept zur Rückkehr der Kosovo-Flüchtlinge

BERN: Noch 16 500 Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo müssen zurück. An einer nationalen Asylkonferenz haben die Kantone dem konsequenten Vollzug der Heim-schaffungen ab dem 1. Juni zugestimmt. Für Jugendliche und Risikogruppen gelten Sonderregelungen.

Bund und Kantone wollen bei der zwangsweisen Rückschaffung der aus dem Kosovo Vertriebenen eng zusammenarbeiten. Das hiess es am Donnerstag nach der nationalen Asylkonferenz, zu der Bundesrätin Ruth Metzler alle Kantonsregierungen nach Bern eingeladen hatte.

Es ging darum, die so genannte dritte Phase der Rückkehr der Kosovo-Flüchtlinge zu organisieren. In einer ersten Phase (1. Juli bis 30. November 1999) wurden 18 500 Rückkehrwillige mit 2000 Franken pro erwachsene Person (Minderjährige 1000 Franken) und mit Materialhilfe unterstützt. In der zweiten Phase (31. Dezember 1999 bis 30. April 2000) wurden die Beiträge und die

Hilfe für den Wiederaufbau an rund 12 000 Personen halbiert. Ab Anfang Juni bis Ende Jahr läuft die dritte Phase mit dem zwangsweisen Vollzug der Wegweisungen. Dabei wird der Bund die Transportkapazitäten sicherstellen. Die Asylkonferenz einigte sich, dass die Kantone in der dritten Phase nach einem System globaler Rückvergütung der Fürsorgekosten entschädigt werden.



Bundesrätin Ruth Metzler eröffnete gestern in Bern, eingerahmt vom Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge, Jean-Daniel Gerber, rechts, und dem Leiter des Schweizer Verbindungsbüros in Pristina im Kosovo, Peter Sutter, die Nationale Asylkonferenz.

**START-II-Vertrag in Kraft**

MOSKAU: Das vor sieben Jahren zwischen Russland und den USA vereinbarte Abrüstungsabkommen START-II ist seit Donnerstag für beide Seiten verbindlich in Kraft. In Moskau unterzeichnete Präsident Wladimir Putin das Gesetz über die Ratifizierung des START-II-Vertrags, mit dem die Atomwaffenarsenale beider Länder halbiert werden, teilte der Pressedienst des Kremls mit. Washington hatte das Abkommen bereits 1996 ratifiziert. Im April hatte die Staatsduma das Abkommen nach siebenjähriger Blockade durch die Kommunisten gebilligt, ehe auch der Föderationsrat zustimmte. START-II sieht eine Abrüstung auf 3000 Atomsprenghäupter für Russland und 3500 für die USA bis 2007 vor. Moskau will den Vertrag aber nicht erfüllen, wenn Washington die Pläne zum Bau eines nationalen Schutzschildes gegen Raketenangriffe verwirklicht.